

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

16. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293.

Der Gesandtenmörder verurteilt.

Zu lebenslänglichem Gefängnis - aber zur Begnadigung empfohlen!

Warschau, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Mörder des sowjetrussischen Gesandten Wolkow gab Kowarda eine kurze Schilderung seines Lebenslaufes. Nach seinen Angaben machte der bolschewistische Umsturz, den er in Schamara mit erlebte, auf ihn einen gewaltigen Eindruck. Kowarda erzählte: „Ich war Zeuge bestialischer Vergewaltigungen an Weiblichen, und besonders die brutale Ermordung eines Papen durch mehrere Rotgardisten ist mir heute noch in Erinnerung. Wir lebten damals in einer Atmosphäre des ständigen Kampfes und der ständigen Unterdrückung. Nach einem Jahre Aufenthalt in Rußland, das mich alle Grauel des kommunistischen Regimes miterleben ließ, kamen wir nach Wilna, wo ich nach anfänglicher Mitarbeit an weißrussischen Zeitungen mir bewußt wurde, daß es meine Aufgabe sei, das jetzt in Rußland herrschende System zu bekämpfen. Ich versuchte mehrere Male auf illegalem Wege nach Rußland zu gelangen, mußte aber immer wieder an der Grenze zurückkehren. Da beschloß ich, mir ein Einreisepaß zu verschaffen und reiste zu diesem Zwecke nach Warschau, um mir im hiesigen russischen Konsulat die Dokumente zu beschaffen. Als mir diese verweigert wurden, beschloß ich, Wolkow zu ermorden, um mich selbst und all die vielen Millionen Russen, die in Rußland umgebracht wurden, zu rächen. Den Gesandten kannte ich vom Sehen und hatte gehört, daß er in den nächsten Tagen nach Warschau reisen wolle. Ich lauerte ihm daher auf dem Bahnhof auf. Es tut mir sehr leid, daß der Mord auf polnischem Boden geschehen ist, da Polen zu meinem zweiten Vaterlande wurde. Ich bin kein Monarchist, sondern ein Demokrat, der gegen den bolschewistischen Terror gekämpft hat. Ich habe nicht Wolkow als Gesandten, sondern als Vertreter der Kommunisten getötet.“

Nach den Erklärungen Kowardas wird der inzwischen aus Warschau erschienene frühere russische Geschäftsträger in London, Rosenholz, gemeldet, dessen Aussagen jedoch nichts wesentlich Neues ergeben. Von dem Verbrechen habe er, obwohl er neben Wolkow gestanden hat, nichts gesehen, da er sich, als die Schüsse fielen, nicht denken konnte, daß ein derartiges Verbrechen in Warschau geschehen könne und sich daher an eine andere Seite gewandt habe.

Der Staatsanwalt hob in seiner Rede hervor, daß es sich bei dem Mörder um einen jungen, übermütigen Mann handle, welcher der Vorsehung den Weg weisen wollte. Das Standgerichtsoverfahren begründete er mit der Erklärung, daß der ermordete Gesandte eine

öffentliche Persönlichkeit gewesen sei, und so fordere er das Gericht auf, sich wohl zu überlegen, ob die Interessen des polnischen Volkes es gestatteten, dem Mörder gegenüber Milde walten zu lassen. Die Verteidiger schilderten die Gefühle, die in den Seelen der aus Rußland vertriebenen russischen Emigranten herrschen und bezeichneten den Angeklagten als ein schwaches, überensibles Kind. Im übrigen bezweifelten die Verteidiger die Zuständigkeit des Standgerichts und beantragten die Ueberweisung des Verfahrens an das gewöhnliche Gericht. Die Verhandlung vor dem Standgericht, so erklärte einer der Verteidiger, sei eine allzu große Höflichkeit gegenüber der Sowjetregierung.

Das Gericht erklärte sich jedoch für zuständig und verkündete um 1 1/2 Uhr nachts das Urteil. Es lautet auf lebenslängliches Gefängnis, wobei das Gericht selbst dem Staatspräsidenten anheimstellt, im Gnadenwege die Strafe auf 15 Jahre Gefängnis zu ermäßigen. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig auf. Der Vater trat auf ihn zu und umarmte ihn unter Tränen, die Mutter erlitt einen Ohnmachtsanfall. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich vor dem Gerichtsgebäude angeammelt und wartete bis in die späte Nacht auf die Verkündung des Urteils.

Attentatspsychose in Sowjet-Rußland.

Leningrad, 16. Juni. (DE.) In den letzten Tagen wurden in Rußland zahlreiche Brandstiftungen und Zerstörungsakte in Fabriken verübt, die, wie die Leningradstaja Prawda erklärt, auf die Tätigkeit der Gegenrevolutionäre zurückzuführen sind. So brannten in der Stadt Pugatschew im Wolgarebiet über 200 Häuser nieder. Der Brand dauert noch an. Bei Tschita in Sibirien brannt auf einer Fläche von mehreren hundert Quadratkilometern Wald. Die gesamte Bevölkerung ist zur Bestämpfung des Waldbrandes mobilisiert worden. Diese Brandstiftungen haben in Sowjetkreisen große Erregung hervorgerufen. Die Leningradstaja Prawda sagt, daß die gegenrevolutionären Terrorakte zweifellos von einer sowjetfeindlichen Zentralorganisation, die von England gespeist wird, verübt werden. Das Blatt erklärt, die GPU habe die Feinde des Proletariats bereits daran erinnert, daß die Sicherheitsorgane zum Schutze des Lebens und der friedlichen Arbeit der Arbeiter und Bauern noch in voller Kampfbereitschaft sind. Das Leningrader Organ droht mit weiteren Terrormaßnahmen gegen die Weißgardisten.

Was kostet das Regieren?

Neue Berechnungen des Statistischen Reichsamts.

Ueber die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien hat das Statistische Reichsamt vor kurzem eine mit reichem Tabellenmaterial versehene, fast 600 Quartseiten umfassende Untersuchung veröffentlicht. Die Arbeit gibt die Möglichkeit, die Beträge miteinander in Vergleich zu setzen, die die genannten vier großen Kulturstaaten Europas für die einzelnen Zweige ihrer Staatsverwaltung ausgegeben haben und jetzt ausgeben. Im nachstehenden sollen die Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der „Obersten Staatsorgane“ kurz dargestellt werden.

Unter „Oberste Staatsorgane“ versteht das genannte Werk „die letztlich verantwortlichen, verfassungsrechtlichen Instanzen“. Vor allem handelt es sich um die Bezüge des Staatsoberhauptes selbst und seiner Räte bezüglich der Kosten der ihm zur Verfügung stehenden Gebäude und Parks. Sodann sind vom Statistischen Reichsamt einbezogen worden die Kosten der Parlamente sowie schließlich die Bezüge des Ministerpräsidenten und seines Bureaus, obwohl der Ministerpräsident, streng genommen, nicht als „Oberstes Staatsorgan“ in dem angegebenen Sinne angesprochen werden kann.

Die Aufwendungen für das Staatsoberhaupt allein betragen sowohl vor wie nach dem Kriege in Großbritannien 470 000 Pfund Sterling, in Frankreich 600 000 Franken, in Belgien 3 300 000 Franken. In Italien ist die Zivilliste des Königs, die vor dem Kriege 14 250 000 Lire betrug, nach dem Kriege auf 11 250 000 Lire herabgesetzt worden.

Die Parlamente setzen sich in den bearbeiteten vier Ländern aus zwei Kammern zusammen. Die Aufwendungen richten sich nach der Zahl der Abgeordneten und dem Umfang der Diäten. In Großbritannien erhalten nur die Abgeordneten des Unterhauses eine Vergütung. Die Zahl der Abgeordneten für beide Kammern machte aus

	vor dem Kriege	nach dem Kriege
in Großbritannien	etwa 1 800	1 300
„ Frankreich	900	900
„ Belgien	310	340
„ Italien	900	950

Die Abgeordnetendiäten je Abgeordneter im Jahr betragen umgerechnet auf die Vorkriegsstaftkraft der Mark

	vor dem Kriege	nach dem Kriege
in Großbritannien	8 000	5 000
„ Frankreich	12 000	5 000
„ Belgien	3 000	2 000
„ Italien	5 000	2 000

Das Gehalt des Ministerpräsidenten beträgt in Großbritannien vor und nach dem Kriege 5000 Pfund. In den anderen drei Staaten sind nach dem Etat nur die Kosten für das Bureau des Ministerpräsidenten auszugliedern, für Frankreich und Belgien sogar nur für die Nachkriegszeit. In Italien sind die dem Ministerpräsidenten zur Verfügung stehenden Mittel, wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, in den letzten Jahren gegen die Vorkriegszeit um fast das Fünffache gestiegen. Vorsichtig und bezeichnend äußert das Statistische Reichsamt dazu: „Die Steigerung hängt wahrscheinlich mit der besonderen Bedeutung zusammen, die dieses Amt innerhalb des faschistischen Italien erlangt hat.“

Sämtliche in den Etats der untersuchten vier Länder für die genannten Zwecke ausgeworfenen Summen sind vom Statistischen Reichsamt nach einem komplizierten Verfahren umgerechnet in die Vorkriegsstaftkraft der Mark. Es ergibt sich danach das folgende Bild:

	Großbritannien		Frankreich		Belgien		Italien	
	1914	1925	1914	1925	1914	1925	1914	1925
in 1000 Mark Vorkriegsstaftkraft								
1. Staatsoberhaupt	9 602	5 689	729	234	2678	505	11 543	1823
2. Gebäude, Schloß, -fer und Parks	4 454	4 678	243	126	324	461	—	—
3. Parlamente	8 907	8 558	15 114	7506	1509	1125	3 783	4104
4. Wahlen	511	7 784	1 094	63	64	189	—	—
5. Ministerpräsident	128	102	—	18	—	11	87	164
6. Sonstiges	4 658	2 962	66	61	40	—	1 472	297
	28 256	27 721	17 246	8008	4610	2291	16 785	6388

Ein Vergleich mit den entsprechenden deutschen Verhältnissen ist notwendig und wertvoll. Ein solcher Vergleich wird sich indessen mit annähernder Genauigkeit erst durchführen lassen, wenn die gesamten deutschen Staatsausgaben nach demselben Schema und in der gleichen Weise, wie das bezüglich der vier Vergleichsländer geschehen ist, im Statistischen Reichsamt ausgearbeitet sein werden, was hoffentlich in nicht zu langer Zeit der Fall sein wird. Diese Bearbeitung ist dringend nötig, weil es auch dem Sachkundigen ohne den technischen Apparat des Statistischen Reichsamts unmöglich ist, einwandfreie Ziffern zu errechnen. Inzwischen kann aus Grund der Beträge, die für die gleichen Zweige im Reichshaushalt ausgeworfen sind, nur in groben Strichen ein ungefähres Bild der deutschen Verhältnisse gegeben werden.

In der Vorkriegszeit sind dem Deutschen Reich unmittelbare Kosten für das deutsche Staatsoberhaupt nicht erwachsen. Dem Kaiser wurde von Reich wegen keine Zivilliste, sondern nur ein sogenannter Dispositionsfonds gewährt. Die Kosten der Zivilliste trug

Völkerbundrat und Weltwirtschaftskonferenz.

Stresemanns Bericht.

Genf, 16. Juni. (W.B.) Reichsminister Dr. Stresemann als Berichterstatter über die

Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz

gab in der heutigen Ratsitzung in einer sehr ausführlichen Darstellung eine Würdigung der Arbeiten und der Ergebnisse dieser Konferenz, die er als eine der bemerkenswertesten und erfolgreichsten Konferenzen bezeichnete, die jeweils vom Völkerbund veranstaltet worden seien.

Der Minister zitierte zunächst die Aufgaben, vor die die Konferenz sich gestellt sah, hob die geradezu überragende Leistung hervor, die in der Zusammenziehung der vielfältigen Probleme auf einige entscheidende Punkte liege, und ging dann auf die drei Hauptgebiete Handel, Industrie und Landwirtschaft ein.

In bezug auf den Handel stellte er fest, daß die Konferenz das Prinzip proklamiert habe, der

internationale Handel müsse von allen künstlichen Schranken und Hindernissen, besonders von denen zu hoher Zölle, befreit

werden. Er forderte Vereinfachung und Vereinheitlichung der Tarife, größere Stabilität der Zollsätze und Einführung einer verbesserten Methode für den Abschluß von Handelsverträgen sowie schließlich den stufenweisen Abbau der Zolllasten. „Drei Wege führen zu diesem Ziel“, so erklärte Dr. Stresemann, „das individuelle Vorgehen der Staaten bezüglich ihrer Tarife, das zweiseitige Vorgehen durch Abschluß vernünftiger Handelsverträge und schließlich gemeinsame internationale Aktionen.“

„Der Rat wird zu gegebener Zeit die Frage zu erörtern haben, wie seine Wirtschaftsorganisation geändert oder ergänzt werden muß, um sich den neuen Aufgaben anzupassen.“ Dr. Stresemann schlug vor, die Diskussion über diese Frage bis zum September zu vertagen.

„Die Empfehlungen der Konferenz“, so führte Dr. Stresemann weiter aus, „sind

der Anfang und nicht das Ende der wirklichen Aufgabe.“

Stresemann brachte schließlich folgende Resolution ein:

„Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Weltwirtschaftskonferenz.

1. Er spricht herzlichsten Dank aus dem Präsidenten Theunis, den Mitgliedern und Sachverständigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, wie allen Organisationen und Persönlichkeiten, die an ihrer Vorbereitung gearbeitet haben.

2. Der Rat ist der Ansicht, daß die Konferenz ihre Aufgabe vollkommen durchgeführt hat, die in der Ausstellung von Grundrissen und Empfehlungen bestand, wie am besten zu einer Ver-

besserung der Wirtschaftslage der Welt, besonders derjenigen Europas, beigetragen werden kann, womit zugleich die friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen gestärkt werden.

3. Der Rat läßt daher alle Länder und Regierungen ein, diesen Grundrissen und Empfehlungen ihre größte Aufmerksamkeit und aktive Unterstützung zu gewähren, die zur Erleichterung ihrer Annahme und Durchführung erforderlich sind.

Der Rat behält sich zur Prüfung in seiner nächsten Tagung die Frage der Verringerung vor, die in bezug auf die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes im Hinblick auf die Ergebnisse der Konferenz wünschenswert erscheinen könnten, und läßt den Wirtschaftsausschuß ein, in der Zwischenzeit sich in außerordentlicher Tagung zu vereinen, um baldmöglichst in eine vorbereitende Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die auf Grund der Entschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz mit Bezug auf Zolltarife und besonders auf die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur ergriffen werden sollten.“

Landtagsauflösung abgelehnt.

Deutschnationale stützen das sächsische Ministerium.

Dresden, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages wurde sowohl der sozialdemokratische Misstrauensantrag wie der kommunistische Auflösungsantrag mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Für die Annahme stimmten die Sozialdemokraten und die kommunistischen Abgeordneten und die beiden Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei, gegen die Anträge sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen und der vier Abgeordneten der USPD. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eberle hatte in der Debatte ausgeführt, seine Partei sehe in den vorliegenden Anträgen Agitationsanträge und wolle deshalb sachlich auf sie nicht eingehen. Seine Fraktion behielte sich die Entscheidung vor, bis der Ministerpräsident seine Ministerliste vorgelegt habe. Der Sprecher der Nationalsozialisten, Dittmann, begründete die Zustimmung seiner Partei zum Misstrauensvotum mit dem Verbot des Wiking durch die sächsische Regierung. Soweit sich aus den Mitteilungen der sächsischen Presse erheben läßt, besteht vorläufig keinerlei Aussicht auf Beendigung der sächsischen Krise. Die Deutschnationalen sind mit ihren Forderungen dauernd zurückgegangen. Wenn aber die Deutschnationalen heute trotzdem gegen das Misstrauensvotum gestimmt haben, so offenbar nur deswegen, weil sie in der heutigen Situation Landtagswahlen vermeiden wollen.

Preußen, und zwar bezifferte sich die preussische Zivilliste in 1913 auf 19,2 Millionen. Dieser Betrag allein ist, wie die obige Tabelle zeigt, um mehr als 5 Millionen höher als der, den das reiche Großbritannien für sein Staatsoberhaupt einschließlich aller Aufwendungen für die königlichen Gebäude, Schlösser und Parks ausgeworfen hat. Außer durch das Haus Hohenzollern wurden aber die 25 deutschen Bundesstaaten, von den drei Hansestädten abgesehen, durch ebensoviele „angestammte Fürstenhäuser“ „regiert“. Dafür waren hohe Preise zu zahlen. In Bayern betrug die Zivilliste nebst Apanagen 5,3 Millionen, in Sachsen 4,1 Millionen, in Württemberg 2,1 Millionen usw. Alles in allem hatte Deutschland vor dem Kriege für seine Fürstenhäuser die ungeheure Summe von rund 40 Millionen Mark jährlich aufzubringen.

Für die Nachkriegszeit stehen die Renten und Abfindungen, die die Länder auf Grund von Vergleichs- und gerichtlichen Entscheidungen ihren früheren Fürstenhäusern zu zahlen haben, noch nicht sämtlich fest. Eine spätere Zusammenstellung wird sicherlich gleichfalls erschreckend hohe Riffern ergeben. Gegenüber diesen Summen müßen die Nachkriegsaufwendungen des Reichs für den Reichspräsidenten wie Bagatelldinge an. Der erste Reichspräsident, Genosse Ebert, bezog in 1924 an Gehalt und Aufwandsgebern zusammen 53 000 Mark. Am 28. Februar 1925 starb Genosse Ebert und nach der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg wurden Gehalt, Aufwandsgebern und Dispositionsfonds um mehr als das Dreieinhalbfache erhöht. In 1927 schließt der Etat des Reichspräsidenten einschließlich seines Bureaus und der Kosten der ihm zur Verfügung stehenden Gebäude und Parks mit 616 000 Mark ab.

Der Etat des Reichstags für 1927 erfordert einschließlich der Aufwandsentschädigungen für 493 Abgeordnete 7,2 Millionen. Der Reichsrat, der nach Artikel 60 der Verfassung „zur Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs gebildet ist, ist eine zweite Kammer im Sinne der zweiten Kammern in den vier Vergleichsländern. Da er aber ein Faktor der Reichsregierung ist, wird man in jedem Fall die durch ihn dem Reich direkt entstehenden verschiedenen Kosten den Aufwendungen für den Reichstag hinzurechnen müssen. Diese Kosten betragen, da die Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder, soweit sie gezahlt werden, nicht dem Reich, sondern den betreffenden Ländern zur Last fallen, nur rund 300 000 Mark.

Der Reichskanzler bezieht 30 000 Mark Gehalt und 18 000 Mark Aufwandsgebern, also etwas weniger als die Hälfte der Bezüge seines englischen Kollegen. Der Haushalt seines Bureaus schließt für 1927 ab mit 2,7 Millionen. In diesem Haushalt sind enthalten die Kosten der Reichszentrale für Heimatsdienst und der Vertretung der Reichsregierung in München mit zusammen 1,6 Millionen. Seht man diese Kosten ab, so bleibt für die persönlichen und sächlichen Kosten der Reichskanzlei ein Betrag von 1,1 Millionen.

Es würden also den mitgeteilten Nachkriegsausgaben für die „Obersten Staatsorgane“ in den vier Vergleichsländern für Deutschland in groben Zügen die folgenden Posten entsprechen: Reichsoberhaupt einschließlich aller Aufwendungen 600 000 Mark, Reichstag und Reichsrat 7,5 Millionen, Reichskanzler und Reichskanzlei einschließlich aller Aufwendungen 1,1 Millionen, zusammen 9,2 Millionen Reichsmark. Auf die Vorkriegsstaatskraft der Mark umgelegt, würde das schätzungsweise einem Betrag von ungefähr 6 Millionen Mark entsprechen, gegenüber 27,7 Millionen in England, 8 Millionen in Frankreich, 2,2 Millionen in Belgien und 6,3 Millionen in Italien.

Auflösung von Koffron in Dortmund. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat auf Grund des Republikauflösungsgesetzes die Ortsgruppe Dortmund des Roten Frontkämpferbundes verboten und aufgelöst. Das Vermögen ist zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Der Reinsfall des Rechtsblocks.

„Betriebsunfall“ bei der Portoerhöhung — die schwache Mehrheit.

Die Rechtspresse ist über die gestrige Niederlage der Regierung im Reichstag nicht sehr erbaut. Die Forderung des Parlaments an den Reichspostminister, die vorbereitete Erhöhung der Postgebühren nicht durchzuführen, wird ja bekanntlich bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein geteilt. Gerade die Unternehmer in Industrie und Handel waren es ja, die mit den schärfsten Protesten gegen die drohende Neubelastung der Wirtschaft Einspruch erhoben hatten. In dem Ergebnis der Abstimmung kam nun die große Schwäche dieser Rechtsregierung zum Ausdruck, die angeblich zur Schaffung einer festeren Koalitionsmehrheit gegründet wurde. Es fehlt daher nicht an Ermahnungen bei den deutschnationalen Blättern an ihre Parlamentarier, künftig bessere Disziplin zu halten, um die Opposition unwirksam zu machen. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt die Schwäche der Rechtsregierung ausdrücklich fest, indem sie schreibt:

... vor allen Dingen aber geht es bei derartigen Abstimmungen doch um die Frage, ob diese Regierung überhaupt über eine tragfähige Mehrheit verfügt. Im Hinblick auf die wichtigen und dringlichen Entscheidungen, die der Reichstag noch vor der Sommerpause zu treffen hat, muß die Aktionsfähigkeit der Regierungsmehrheit für die kommenden Parlamentswochen unbedingt sichergestellt sein. Allerdings verfügen die Regierungsparteien, wenn alle nicht direkt zum Regierungslager gehörenden Fraktionen opponieren, nur über 249 gegen 244 Abgeordnete, also nur über eine Mehrheit von 5 Stimmen.

Es ist natürlich müßiges Gerede, wenn man unter solchen Umständen die gestrige schwere Schlappe des Rechtsblocks als „Betriebsunfall“ hinstellt. Die der Wirtschaft nahe stehenden Parlamentarier, die die zahlreichen Proteste gegen die Portoerhöhung mit ihrem Namen und dem ihrer Verbände gedeckt haben, werden sich bei ihren Verbandsfreunden und Wählern auf das schwerste in Mißtraut bringen, wenn sie im Reichstag für die Postgebührenerhöhung stimmen. Bei der geringen Mehrheit, über die der Rechtsblock verfügt, kann dieser Zwiespalt im Lager der Regierungsparteien leicht zu der Konsequenz führen, daß ein Mißtrauensvotum den Postminister zu Fall bringt. Ein solches Mißtrauensvotum wird fällig, wenn Schägel in bewußtem Gegensatz zum Parlament die Selbstständigkeit der Reichspost als Vorwand benutzt, die Gebührevorlage doch durchzudrücken.

Davor bangt offenbar den Rechtsparteien. Jedenfalls betonen „Tägliche Rundschau“, „Tag“ und andere reaktionäre Organe bis zum Ueberdruß, daß die Volksvertretung der Post eigentlich gar nichts vorzuschreiben habe und stellen die Annahme des sozialdemokratischen Antrags als Demonstration oder Obskurationsmanöver hin. Ein tolles Spiel! Die Auftragsgeber der Rechtsparteien protestieren gegen die Portoerhöhung, ihre Funktionäre stimmen für sie, und als sie dabei eine Niederlage erleiden, berufen sie sich auf Gesetze, in dem Vertrauen darauf, daß ihre Leser sie nicht kennen. Die Gebührevorlage bricht nämlich dann zusammen, sobald die Behördenvertreter im Verwaltungsrat der Reichspost, insbesondere die beamteten Personalvertreter mit der übrigen Opposition gehen. Dem Reichspostminister fehlt es nicht an Mitteln, darauf hinzuwirken. Wenn sich aber die Bürokratie zum Schaden der Allgemeinheit über die Wünsche des Parlaments hinwegsetzt, so wird die Volksvertretung darüber zu entscheiden haben, ob und in welcher Weise die Rechte des Volkes auf seine Monopolbetriebe gewahrt werden können.

Schägel besteht auf seinem Schein.

Wie verlautet, will der Reichspostminister Schägel noch im Laufe des heutigen Tages einen Kabinettsbeschluss herbeiführen, der im Gegensatz zu dem gestrigen Votum des Reichstags

sein Vorgehen in der Postgebührenfrage deckt. Ein solcher Beschluss würde die Reichsregierung als Ganzes mit dem Willen des Parlaments in Widerspruch bringen.

Uebrigens hat kürzlich auch die preussische Staatsregierung sich anlässlich einer Anfrage im Landtag gegen eine Portoerhöhung in diesem Augenblick gewandt, ebenso wie der Vertreter Preußens im Verwaltungsrat gegen die Vorlage gestimmt hat. Das Reichskabinett würde sich also auch im Gegensatz zu dem größten deutschen Freistaat setzen, wenn es Schägel deckt.

Der Wiking darf schimpfen.

Sächsische Richter erlauben es ihm, weil sein Blatt „nicht öffentlich“ erscheint.

Aus Dresden wird uns berichtet:

Im „Nationalen Kampfblatt für Sachsen“, dem Organ des Wikingbundes, befand sich in der Nummer 4 des Jahresganges 1926 ein Artikel, überschrieben: „Republik oder Monarchie?“ Verfasser dieses Aufsatzes war der Bankbeamte Antel, der sich zu den Anhängern der Monarchie bekennt, und der dem Artikel wegen des damals bevorstehenden Volksentscheides über die Fürstenernennung geschrieben haben will. Derselbe enthielt der Artikel sehr scharfe Redewendungen und kritische Stellen. Die Republik wurde als „durch Lug und Trug und Verrat entstanden“ bezeichnet. Die Verfassung sei minderwertig, diese republikanische Staatsform könne uns nicht aus all dem Elend retten, man müsse auf deren baldige Beseitigung hinarbeiten. Der Parlamentarismus wurde als ein „Wahnsinn für schmutzige Wäsche“ hingestellt. Dann beschäftigte sich der Aufsatz mit den sogenannten Roemmerverbrechern und vornehmlich auch mit dem Reichsbanner, das als eine „satissam bekannte Horde“ bezeichnet wurde, an der Spitze dieses „Sauhaufens“ stehe Höring, und sogar der Reichskanzler Marx sei Ehrenmitglied. Die ganze republikanische Regierung müsse zum Teufel gejagt werden. Schwere Angriffe wurden gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und gegen Scheidemann erhoben. Gegen den Verfasser Antel und ferner gegen den verantwortlichen Redakteur Arthur Franz Meje war ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Republikauflösungsgesetz eingeleitet worden. Mitte März verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen beide. Es wurde ihnen besonders zur Last gelegt, die republikanische Verfassung als minderwertig bezeichnet und in lächerlicher und gehässiger Weise angegriffen zu haben. Die Angeklagten bestritten, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen zu haben, denn das „Nationale Kampfblatt“ gehe nur geschlossen den Mitgliedern zu, es sei keine öffentliche Zeitschrift, wie man solche überall kaufen könne.

Das Gemeinsame Schöffengericht erkannte tatsächlich auf Freisprechung unter der Begründung, der Begriff der Öffentlichkeit sei zu verneinen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin hatte sich jetzt die vierte Strafkammer des Dresdener Landgerichts mit dieser Angelegenheit erneut zu befassen. Das Landgericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft. Was die Verbreitung anbelange, so habe es sich hier um einen individuell abgegrenzten Personenkreis gehandelt, der Begriff Öffentlichkeit war daher zu verneinen, und deshalb müsse die Befestigung des freisprechenden Urteils erfolgen.

Die Wikingbrüder haben neuerdings durch ihren Führer Ehrhardt die Parole ausgegeben: „Hinein in den Staat.“ Aus dem Dresdener Prozeß kann man ersehen, welche wahren Absichten die Wikingen haben, wenn sie sich „in den Staat“ einbohren wollen. Inzwischen ist der Wikingbund auch für Sachsen verboten worden. Aber die Richter, die die schamlosen Beschimpfungen der Republik als „nichtöffentlich“ für strafrei erklären, haben Anspruch auf den ersten republikanischen Orden, den der Bürgerblock einführen wird.

Im holländischen Abgeordnetenhaus ist eine sozialdemokratische Interpellation über die gegen indonesische Studenten getroffenen besonderen polizeilichen Maßnahmen eingebracht worden.

Beamtenproletariat in Achterreihen.

Von Hermann Schühlinger.

Jedenwo habe ich diese vorwärtsstürmenden Bataillone der Eisenbahner, Postler und Gendarmen doch schon gesehen. Richtig. In Wien am Kärntner Ring und bei einer Märschier in der Gegend von Sing, droben in den oberösterreichischen Bergen, am „Hauhomersfeld“. Da rissen wir Reichsbefehlshaber die Augen nur so auf: Freigewerkschaftlich organisierte Beamte in Uniform und Arbeitskleid unter der roten Fahne im Marschschritt des Proletariats.

Diese Wision, die uns im Zeichen der Hindenburg-Republik und der Welle der Reaktion daheim im Reich so unwahrscheinlich und phantastisch vorkam, daß wir uns minutenlang die Augen rieben, haben wir nun im Brennpunkt der Reichshauptstadt, am Gendarmenmarkt in Berlin, tatsächlich erlebt.

Zwischen der Leipziger Straße und den Linden, zwischen Reichstag, Landtag, den Bank- und Börsenpalästen streckt sich der Gendarmenmarkt, um das einstige königliche Schauspielhaus, um den „Deutschen“ und den „Französischen Dom“ herum.

In der Mitte erhebt sich wie ein Block das Schauspielhaus auf einem mächtigen Sockel, zu dem eine breite Freitreppe führt. An seinem Giebel die prunvoll geschwollenen Worte:

Fridericus Guillelmus III. Theatrum et Odeum restituit MDCCCXXI.

Zwei Tigerkragen hat der Hofbaumeister auf wichtigen Quadern beiderseits der Treppe hinausgeschoben. Diebachtige Engelskinder sitzen auf den Rücken der Raubtiere, blasen die Flöte und schlagen die Beier.

Unten aber steht in materischem Gewande Friedrich Schiller, der meist in tiefen Schatten stehende Freiheitsdichter. Vier Jungfrauen sitzen um ihn herum und beugen sich geschäftig über steinerne Bücher und Rollen. Rechts und links oder streckt der „Deutsche“ und der „Französischen Dom“ die hochstrebende Kuppel mit der goldenen Turmspitze in den abendlichen Himmel. Wie Steinblöcke stoßen die verwitterten, schwarzen Statuen über den Kirchentüren zum Kuppelrand empor.

In diese Döfelle von den feineren Kagen, blasenden Engeln, schreibenden Jungfern und den erstarrten Kurfürsten und Dombauherren, zwischen die ein grüner Rosenteppich mit stahlblauen Schwerfälligen gelagert ist, schließt nun die Beamtenumgebung voller Szen hinein.

Immer höher braust die Masse der demonstrierenden Gehaltsempfänger die Treppen der Brunnbauten hinauf. Rote Fahnen, dazwischen schwarzrotgoldene Wimpel, stoßen aus der Menge, erklettern die Stufen, wehen um die Ohren der steinernen Menschen und Tiere.

Unter dem Giebel des Schauspielhauses ein breites, von zwei stämmigen Männern gehaltenes Plakat:

„Wir fordern Gehaltserhöhung.“

Rußum Tafeln der Organisationen: Kommunalbeamte, Postbeamte, Behördenangestellte, Eisenbahner, Justizbeamte, Beamtete Wertmeister, Postlisten, Gendarmen!

Von allen Seiten rücken die Züge an. Schweigend oder mit Marschmusik. Sobald eine neue Kapelle in die Massen kößt, rührt eine frohe Erregung über die Wucht der Kundgebung durch die Menschen. Man merkt es ihnen an, daß sie Beamte sind. Ihnen ist die Straßendemonstration noch nicht allgewohnt wie dem industriellen Proletariat. Sie explodieren beim Reden der Sprecher von Satz zu Satz. Es treibt sie nicht so sehr die politische und ökonomische Erkenntnis, wie die bittere Not! Tausende von „Unorganisierten“ und von Angehörigen „neutraler“ Beamtenbünde stehen mit den gesuchten Freigewerkschaftler Schultern an Schulter.

Alle hat sie die zum Himmel schreiende „Beamtennot“ gepackt! Sie zittern unter den Peitschenhieben der Redner gegen die „Besitzblockregierung“ und brechen immer wieder von neuem in tosenden Beifallssturm aus.

„Unsere Geduld ist zu Ende! Jetzt aber Schluss mit dem Beamtenelend!“, der Gedanke springt wie ein Flugfeuer über die Massen weg.

Dazu reden die Plakate ihre beredete Sprache: Drüben wird der Lohnzettel eines Posthilfskassiers vom 1. Juni durch die Menge getragen. Hier steht man eine köstliche Gegenüberstellung: Der wohlgenährte Ministerialbureaufrat — und der Beamtenprolet. Dort stoßen die „Halbsignale“ der Eisenbahner wie geballte Fäuste aus der Menge hervor:

„Wir demonstrieren gegen Abbau — Mehrarbeit — für den Lichtfundentag und Gehaltserhöhung.“

Zum Schluss heben sich auf das Trompetensignal 20 000 Hände hoch zum Protest und zu einem letzten Ultimatum an die Regierung: „Her mit der Befoldungsbesserung der Beamtenchaft.“ Dann explodiert am „Französischen Dom“ die Internationale. Wer hat sie angestimmt? Niemand weiß es. Die Hüte fliegen von den Köpfen und wie ein Choral braust der Massengesang über den „Gendarmenmarkt“ hinweg. Kein Mensch fragt nach Parteibuch und Glaubensbekenntnis, kein Mensch ereifert sich um Programme und Doktrinen. Man nimmt den Hut ab und sagt sich: Uns kann nur eines helfen: Die Kampfgenossenschaft des Proletariats.

Und dann löst sich die Masse vom Gendarmenmarkt und marschiert frohgestimmt nach Hause in „Achterreihen“, nein, über die ganze Straßbreite hinweg, bunt durcheinander: Ein Stück Beamtenchaft, ein Stück Angestelltenchaft, ein Stück Arbeiterchaft.

Sinnlose Strafe.

Kein Wort gegen die Richter der Käte Hagedorn. Die Aufgabe, die ihnen zufiel, war nach dem heutigen Strafgesetz und Strafprozess für sie unlösbar. Sie haben nach gültigen Paragraphen erkannt. Sie können sich berufen auf eine aufgeregte Volksstimmung, die blindlings nach Rache schrie, auf die eigene Wut der Täterin, die ihre Tochter in der Kaserne der Entdeckung mit dem Belle zu erschlagen drohte.

Aber wir, die nicht nur urteilen, sondern angesichts von so viel Schrecklichem heilen, helfen und bessern möchten, haben das Recht uns zu fragen: Was ist nun gebessert, wenn ist damit gebient, daß die 18jährige Täterin auf acht Jahre in eine Zelle eingeschlossen wird?

Bergegenwärtigen wir uns: Ein junges Mädchen, an geistlicher und geistiger Entwicklung noch ein Kind, im übrigen ein Mensch, an dem niemand bisher die mindeste verbrecherische Veranlagung wahrgenommen hat, begehrt im Zustand einer halb- oder dreiviertelbewußtlosigkeit, durch physische Vorgänge ihres Körpers noch besonders aus der Bahn des normalen Denkens gebracht, eine entsetzliche Bluttat an zwei kleinen Kindern. Mit dem Mord schwindet zunächst auch die Erinnerung an die Tat. Sie stellt sich erst viel später ein.

Ein Schimmer von Bewußtsein ist nach Ansicht der Richter bei der Verübung der Tat noch vorhanden gewesen. Wieso? Niemand wird diese Frage klar beantworten. Kästelhafte Instinkttriebe brachen aus der Dunkelheit des Unterbewußtseins und unterjochten den Willen, spülten die Hemmungen fort. Das ist das Einzige, was wir konstatieren können. Biel zu dunkel, viel zu ungeklärt sind noch die seelischen, besonders die Sexualvorgänge, als daß wir auslegen könnten: Hier wäre gleichwohl Widerstand möglich gewesen. Die Frage: „Was ist Schuld?“ tut sich in ihrer Unergründlichkeit auf.

Das Urteil stellt eine Gleichung auf: Der verübene Bewußtseinsrest ist gleich acht Jahren Gefängnis. — Der Flug über den Ocean ist gleich 25 000 Dollar. Die Diätung des Faust ist gleich einem Warmdornmal für den Dichter. . . . Wen schaubert nicht vor der Sinnlosigkeit solcher Gleichungen?

Können die acht Jahre die Tat auslöschen? Die Opfer werden nicht zum Leben erweckt, der Schmerz der Eltern wird nicht gestillt. Werden die acht Jahre die Käte Hagedorn bessern? Ob ihr Sexualleben zu normaler Reife gelangen und damit künftige Untaten ausschließen wird, hängt von allem anderen eher ab als von der Länge der Gefängnisstrafe. Die Haft kann höchstens verschlimmern, bei dem heiligen Strafprozess durch das Zusammenleben mit Berufs- und Gewohnheitsverbrecherinnen auch den unverborenen Teil der Seele mit hinabziehen.

Aber die menschliche Gesellschaft muß doch vor solchen Täterinnen geschützt werden! Ganz zweifellos. Aber warum dann acht Jahre? Damit eine Sekundumwanzigjährige die Tat der Käte Hagedorn wiederholen kann? Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder die sexuelle Pflanze der Käte Hagedorn reift zur Normalität, dann ist jede Einschließung über diesen Zeitpunkt hinaus sinnlos. Oder aber, die krankhafte Veranlagung bleibt unverändert, dann ist jede Entlassung in die Freiheit, ob nach 3, nach 15 oder nach 30 Jahren sinnlos.

Aber die Sinnlosigkeit ist nicht Schuld der Richter. Die Sinnlosigkeit unseres gesamten Strafsystems tritt wieder einmal in einem besonderen Falle kraft zutage.

E. R.—.

Ueber „Die französische Philosophie der Gegenwart“ sprach als Gast der Kant. Gesellschaft vor den Mitgliedern und zahlreichen Gästen im Auditorium Rozium der Berliner Universität Prof. Jean Baruzi. Er betonte, daß in allen philosophischen Richtungen, die gegenwärtig in Frankreich sich geltend machen, der grundlegende Einfluß Henri Bergsons zu spüren sei. (Bergson, dessen philosophische Abhandlungen etwa um die Wende des 19. Jahrhunderts erschienen, vertritt die Ansicht, daß der Intellekt nur den toten Mechanismus der Dinge erfassen könnte, daß

Der Schwindel mit der „Zählmaschine“.

Der angebliche Erfinder ein Betrüger.

Vor kurzem wurde Berlin durch die Nachricht in Staunen versetzt, ein Student habe Millionen mit einer von ihm erfundenen Zählmaschine verdient. Die Reichsbank, die es, habe ihm für diesen sehr praktischen Apparat bzw. das Patent 1 1/2 Millionen Mark geboten, ein amerikanisches Konsortium sogar 6 Millionen Dollar. In der Tat hat ein junger Mann mit Namen Eißland der Reichsbank ein Angebot gemacht. Das Ergebnis war aber nur, daß die Reichsbank sich an die Kriminalpolizei wandte. Das Angebot erfolgte schon vor einiger Zeit. Die Reichsbank ließ sich aber natürlich ohne genaueste Prüfung auf den Handel nicht ein und verlangte deshalb, daß der junge Mann seine Maschine erst praktisch vorführe. Er konnte sie jedoch nicht einmal zeigen, versprach zwar immer wieder, daß er sie bringen werde, beschränkte sich aber stets darauf, allerlei unverständliche Zeichnungen vorzulegen, aus denen nicht zu ersehen war, ob man es mit einer brauchbaren Erfindung zu tun hatte. Eigenartig war, daß der angebliche Erfinder immer Wert darauf legte, Wasserzeichenpapier in die Hände zu bekommen. Auch das war nicht recht verständlich. Der Erfinder begründete es damit, daß er probieren wolle, ob seine Maschine nur Scheine mit Wasserzeichen oder auch solche aus anderem Papier zähle. Die Beamten der Reichsbank gewannen den Eindruck, daß er Wasserzeichenpapier sich zu anderen als den angegebenen Zwecken zu verschaffen suchte. Sie brachen die Verhandlungen ab und unterrichteten die Kriminalpolizei. Jetzt hat sich herausgestellt, daß es auf einen großen Schwindel abgesehen war. Eine Bank in einer kleineren bayerischen Stadt erhielt aus Berlin ein Telegramm, das sie anwies, Herrn Eißland 25 000 M. auszugeben. Eißland erschien denn auch bei der Bank, legte verschiedene Papiere vor, darunter ein Schreiben der Reichsbank, nach dem ihm diese sein Patent auf die Zählmaschine für 1,6 Millionen Mark abgekauft habe und erhielt die 25 000 M. Erst bei der Verrechnung ergab sich, daß Telegramm und Schreiben gefälscht waren. Der Schwindler, der angab, daß er in der Technischen Hochschule in Nürnberg studiere, ist noch nicht ermittelt. Der Name, den er sich beilegte, ist wahrscheinlich falsch. Mitteilungen an die Dienststelle D 1 im Polizeipräsidium.

Autobus fährt gegen Straßenbahnmaß.

Zusammenstoß zweier Motorräder.

Ein schwerer Unfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr vor dem Grundstück Rurfsriedenweg 63/64. Aus bis noch unbestimmten Ursachen verlor der Führer des Abwaggers die Gewalt über die Steuerung, fuhr auf den Bürgersteig und prallte mit großer Wucht gegen einen Straßenbahnmaß. Sämtliche Scheiben wurden zertrümmert und die Fahrgäste des vollbesetzten Wagens von ihren Sitzen geschleudert. Der 54jährige Staudateur Emil W. aus der Karlsruher Straße 24 zog sich innere Verletzungen zu. Er mußte in das Krankenhaus in der Lindenstraße übergeführt werden. Ein weiblicher Fahrgast suchte selbst die Rettungstreppe auf, wo jedoch nur geringfügige Verletzungen festgestellt wurden. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

In Zehlendorf vor dem Hause Königstraße 70 kam es gestern Nacht zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei Motorrädern. Der Führer des einen Kraftwagens, ein 23jähriger Kaufmann Georg R. aus der Handjersstraße 60 zu Friedenau zog sich einen Armbruch zu und mußte in das Nihilersfelder Krankenhaus geschafft werden. Der Führer des anderen Wagens, der 23jährige Werner S. aus der Rheinstraße zu Friedenau und seine Begleiterin, die 23jährige Erna R. aus der Hagelberger Straße, die auf dem Soziusfuß sah, wurde auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos liegen blieb. Beide fanden im Sanatorium Waldfrieden zu Zehlendorf Aufnahme. Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden.

Ein Polizeiwachmeister erschossen.

Ein tragischer Tod fand der Polizeiwachmeister Heinrich in der Jümelmann-Kaserne in der Jümelmannstraße zu Schöneberg. Mehrere Beamten waren in ihrem Zimmer mit dem Reinigen ihrer Dienstpistolen beschäftigt. Infolge un-

er daher nichts anderes als ein Werkzeug der Intuition sei. Nur durch diese, nur durch wirkliches „Erleben“ sei das Leben, das geistige wie das Leben im Unbekannten, in seinen Zusammenhängen zu begreifen. Man muß sich daher mit der Philosophie Bergsons beschäftigen, wenn man die heutigen philosophischen Strömungen in Frankreich erfassen will. Zum Teil wird in ihnen das lebhaft Bestrebende deutlich, sich von dem Einfluß Bergsons frei zu machen. Zu den im deutschen Publikum bekanntesten Vertretern solcher intellektualistischen Philosophie gehören wohl Jules Vogno und der aus seiner Schule hervorgegangene Alain, sowie Léon Brunschvicg. Brunschvicg will seine Philosophie erkenntnistheoretisch aufbauen auf der Grundlage des menschlichen Denkens; doch ist er eine systematische Zusammenfassung seiner Untersuchungen bisher noch schuldig geblieben. — So zeigt es sich, daß es wohl gegenwärtig in Frankreich Philosophie gibt, aber keine einheitliche Philosophie. Doch wird aus allen Strömungen und Gegenströmungen die Sehnsucht deutlich, zu einer neuen Metaphysik zu gelangen, die, unabhängig von den Wissenschaften, ihre eigenen Probleme hat und ihren eignen Sinn findet.

Seltene Todesanzeigen. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ fand sich vor einiger Zeit eine Todesanzeige, die von der altgermanischen Kartogenossenschaft „Männergenossenschaft Germania“ veröffentlicht wurde:

„Wodan, der weiße Wallfahrer, hat uns schwarze Rune gemorfen ...! Der Edeling unserer Kartogenossenschaft (herr ...) ist nach einem der Kunst und dem Germanenium gewidmeten reichen Leben zum großen Ur im Osten heimgegangen.“

Die „Zeitung Neuesten Nachrichten“ aber bringen eine Anzeige mit folgendem Wortlaut:

„Halal! Der Weltverwalter hat am Montagmittag unsern Freund und Jagdgenossen Herrn ... im 65. Felde für immer den Lebenspaß verlegt. Ein Herzschlag ließ ihn nach kurzem Leiden schmerzlos in das Jägertränke „Avalon“ hinüberwechseln, wo er unter rauschenden Tönen und Tannen eine ewige Urstätt finden möge. Wehmütig verflingt mahnend für uns das Schlußwort: „Dagd vorbei!“

„Kommentar zwecklos“, schreibt dazu die deutsch-nationale „Wöchentliche Wochenschrift“, der wir diese Angaben entnehmen. Uns scheint ein Kommentar nicht zwecklos. Denn es ist doch richtiges deutsch-nationales Spießhölzchen, dem solche Blätter und Blüten entfließen sind.

Am Essing-Theater läßt heute (Donnerstag) die Abendvorstellung aus; gelbte Karten werden umgetauscht.

Paul Collier, Viktoriar. 35, eröffnet am 18. eine umfassende Sonderausstellung des großen belgischen Malers James Ensor, die die Hauptwerke des Meisters aus belgischem und deutschem Privatbesitz vereinigt.

Das Tanztheater Coban bringt im Rahmen der Deutschen Theater-Ausstellung in Magdeburg drei Aufführungen heraus, und zwar am 17. Juni das historische Schauspiel „Titan“, am 18. das choreographische Schauspiel „Rach“ und am 19. das Tanzspiel „Mitternacht“ und Eigenes aus „Nacht“ und „Titan“.

Der Prozeß Machan-Kolomat.

Protest der Pressevertreter im Gerichtssaal. — Die Hauptbelastungszeugin.

Bremen, 16. Juni. (Drahtbericht.) Vor Beginn der heutigen Verhandlung erbat der Erste Staatsanwalt Dr. Dreßler das Wort und führte aus: „Ich habe den Prozeßbericht in der „Befreiung“ gelesen und bitte, die Pressevertreter zu einer objektiven Berichterstattung zu verpflichten, da sonst Zeugen einseitig beeinflusst werden könnten. Ferner bitte ich festzustellen, ob vor dem Prozeß Pressevertreter zu einer Konferenz beim Verteidiger geladen waren.“ R.-A. Hertel: „Es ist beleidigend für erste, erfahrene Pressevertreter, sie zur Objektivität anzuhaltend, da die Herren genau wissen, was sie zu tun haben. Natürlich waren Pressevertreter zur Information bei mir, das ist etwas ganz anderes.“

Der Vorsitzende glaubte daraufhin die anwesenden Pressevertreter schon am ersten Tage in einem wenig angemessenen, schroffen und nichtachtenden Ton auf ihre „Pflicht zur Objektivität“ hinweisen zu müssen und schloß mit der objektiv unrichtigen Behauptung, daß der Presse die Teilnahme an der nichtöffentlichen Verhandlung nur gestattet worden sei gegen das „Versprechen“, objektiv zu bleiben. Im Namen der anwesenden Pressevertreter gab Kling eine Erklärung ab, in der er sich energisch gegen das Vorgehen des Amtsgerichtsrats Dr. Wedemeyer verwahrte, nachdem schon am ersten Tage die meisten im Saal anwesenden Pressevertreter sich gegen den vom Vorsitzenden der Presse gegenüber beliebigen Ton in einer gemeinsamen Erklärung gewendet hatten.

Hierauf gab Rechtsanwalt Hertel eine Erklärung ab, daß die Schwester der Hauptbelastungszeugin ihm mitgeteilt habe, die „Trube“ habe geäußert, sie wolle der Frau Kolomat ordentlich eins auswischen.

Dann wurde die

Zeugenernehmung fortgesetzt

und Professor H. vernommen, der betonte, Frau Kolomat habe ihm mitgeteilt, daß ihre Tochter seit ihrem 15. Lebensjahr Verkehr mit einem Herrn gehabt habe. Auf seine erstaunte Frage, wie sie das denn habe dulden können, sei ihm die Antwort geworden: „Wir haben uns nichts dabei gedacht, denn es war ein sehr ordentlicher Mann.“ Frau Kolomat bestritt energisch, eine solche Äußerung getan zu haben und hielt dem Zeugen entgegen, daß sie den Professor nur einmal gesprochen habe, daß sie es fast überhaupt nicht an das Krankenbett der Tochter herandürfte, die in der Isolierabteilung lag. Frau Kolomat betonte weiter, daß bei der einzigen Unterredung mit dem Arzt ihr Ehemann dabei war, während Professor H. das bestritt. R.-A. Hertel: Herr Professor, kennen Sie das Buch „Vom Leben geteilt“ nicht schon seit Jahren? Zeuge: Jawohl. R.-A. Hertel: Und warum haben Sie gegen die darin erhobenen Angriffe gegen das Krankenhaus und die Behauptung, daß Elisabeth an einem Kunstfehler gestorben sei, niemals demonstriert. Zeuge: Ich habe auf das Buch keinen Wert gelegt. (Bewegung.) Angekl. (weinen):

Als ich meine Tochter zum ersten Male im Krankenhaus auf der Station sah, erkannte ich sie nicht, denn im Bett lag ein Skelett. Ich sagte zur Schwester: „Das ist nicht mein Kind“, aber die Schwester erklärte: „Doch, auf der Tafel steht doch ihr Name.“ Mein Mann und ich haben den Prozeß in seiner Wohnung aufgesucht, und er sagte: „Hier ist gar keine Hoffnung mehr.“ Darauf erwiderte mein Mann: „Aber das Kind ist doch tödlich aus meinem Hause geholt worden, und jetzt stirbt es?“ Darauf habe ich geantwortet, Elisabeth mit nach Hause nehmen zu dürfen, und der Professor bemerkte: „Tun Sie das auf Ihre Verantwortung.“

Der hierzu vernommene Ehemann Kolomat bestätigte die Darstellung der Angeklagten im vollen Umfange. Wenn der Herr Professor erklärt, daß wir über den Verkehr meiner Tochter mit Männern gesprochen haben, so sagt er eine Unwahrheit. (Erregt.) Das sage ich ihm gerade ins Gesicht. Staatsanwalt: Was sagen Sie dazu, Herr Professor? Professor H.: Ich habe an diese Unterredung mit dem Ehepaar keine Erinnerung. Der Vorsitzende brach darauf die Vernehmung ab, ohne daß verschiedene Punkte geklärt werden konnten.

Dann wurde eine Frau J. vernommen, die in den „Bremer Nachrichten“ eine Artikelserie, sowie eine Broschüre „Der Wahrheit die Ehre“ veröffentlicht hat, in der sie erklärte, das Tagebuch der Elisabeth Kolomat sei eine Fälschung. Die Zeugin, die in derselben Strafe wie die Kolomats wohnt, kennt Elisabeth Kolomat

seit langen Jahren. Frau Kolomat habe, als Elisabeth 13 Jahre alt war, zu ihr gesagt: „Sie muß auch bald einen Kerl haben.“ Angekl. (erregt): Ich müßte keine Mutter sein, wenn ich das gesagt hätte. Als mein Kind 13 Jahre alt war, kannte ich Frau J. noch gar nicht. Die Zeugin erklärte dann weiter, daß Elisabeth Kolomat von ihrer ersten Berliner Reise allerlei erzählt habe, so daß sie in Berlin Radtouren gelehen, daß Herren ihre schöne Wäsche gekostet haben usw. Das Mädchen habe in gewissen Dingen eine Lebenskenntnis bewiesen, daß sie als reife Frau aus der Verwunderung nicht herausgekommen sei. Nach der Berliner Reise sei es mit der Elisabeth bergab gegangen, sie sei tage- und nachtelang nicht nach Hause gekommen, und die Mutter habe, wenn die Zeugin fragte, immer andere Ausreden gebraucht, um Elisabeth zu decken. Sie habe einmal sogar offen gesagt: „Ein Mädel ohne Beruf hat es doch eigentlich so besser.“ Die Zeugin berichtet dann, sie habe Elisabeth Kolomat im Krankenhaus besucht. Das Mädchen habe sehr wohl und erholt ausgesehen und habe der Zeugin in Gegenwart der Mutter einen „besigen Biss“ erzählt. R.-A. Hertel: Ich frage mich mit dem Antrag, diese Zeugin ärztlich untersuchen zu lassen, ob sie eine pathologische Lügnerin ist. Die Zeugin soll Frau Kolomat erklärt haben, sie würde vor Gericht günstig ausfallen, wenn sie ein Sofa bekäme. Angekl.: Mein Sohn hat mich daran erinnert, daß Frau J. mir gesagt hat: „Schwöre doch einen Meineid, daß es knack. Ich will dir wohl helfen.“ Es handelt sich darum, daß ich beschwören sollte, meine Tochter habe das Buch selbst geschrieben. Zeugin (erregt): So? Sie haben wohl an Ihrer ältesten Tochter noch nicht genug. Jetzt wollen Sie den unschuldigen Jungen auch noch mit hineinziehen? Der Staatsanwalt stellte dem gegenüber noch fest, daß Frau J. in der Tat mit Frau Kolomat darüber gesprochen hat, wie man die Autorschaft an dem Buch verheimlichen könne. Vors.: Weshalb haben Sie den Artikel in den „Bremer Nachrichten“ geschrieben? Zeugin: Aus meiner inneren Empörung heraus. Dieses gefallene Mädchen sollte nicht noch als Engel verherrlicht werden. Ich wollte nicht, daß den Menschen Sand ins Auge gestreut wird. R.-A. Hertel:

Hinter dieser Zeugin stehen andere Kräfte, hier handelt es sich um einen politischen und religiösen Kampf.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann die Hauptbelastungszeugin, Frau P., aufgerufen, die „Trube“, die seit kurzem in Bremen verheiratet ist. Die Zeugin, mittelgroß, schlank, besitzt den Saal sehr sicher und beginnt mit leiser Stimme auszusagen, vermeidet es jedoch, die Angeklagte anzusehen. „Trube“ schildert, wie sie Elisabeth kenne gelernt und von der letzteren gebeten worden sei, bei ihr zu wohnen. Wie gingen nun abends los in die Cafés und machten Herrenbekanntschaften. Wenn Elisabeth kein Geld brachte, schlug Frau Kolomat sie. (Die Angeklagte fährt empor.) Vors.: Sacht, darauf kommen wir noch. Haben Sie und Elisabeth Kavaliere in das Kolomatsche Haus mit hereingenommen? Zeugin: Jawohl, öfter. Angekl. (hohelachen): Unwahr! Lüge! Zeugin: Doch, ich erinnere mich, wie wir eines Tages einen betrunkenen Holländer mitbrachten, für den Frau Kolomat Kaffee kochte und der tarfelnd in der Stube herumließ. Angekl.: Die Frau läßt mit vollem Bewußtsein. Vors. (zur Zeugin): Sie wissen doch, was auf Meineid steht? Zeugin: Jawohl. Die „Trube“ schildert dann die nächtliche Autofahrt mit dem Herrn R. und behauptet im Gegensatz zu den beiden Herren, daß die Autofahrt nicht harmlos geendet habe. Am Vormittag um 11 Uhr seien sie von der Tour nach Hause gekommen und hätten sich schlafen legen wollen, aber die Angeklagte habe gesagt: „Was, macht, daß ihr auf die Straße kommt und holt das Veräumte nach.“ Vors. (sehr eindringlich): Frau P., bedenken Sie, daß eine solche Aussage nicht nur schwer bestrast wird, sondern daß es auch eine furchtbare Gemeinheit gegen Elisabeth wäre, die sich nicht mehr wehren kann. Ist es richtig, daß Frau Kolomat Ihnen die Handtasche revidiert hat? Zeugin: Ja, deshalb haben wir zuerst das Geld im Hüftfutter versteckt. Elisabeth und ich sollten wöchentlich jede 12 Mark für das Zimmer bezahlen, deshalb wollte Elisabeth auch von Hause weg. Vors.: Hat der Vater Kolomat nicht gegen das Treiben der Tochter Einspruch erhoben? Zeugin: Der stummerte sich gar nicht darum.

Frau P. belastete die Verstorbene nach jeder Richtung und befandete, daß Elisabeth überall mit Herren gegen Bezahlung verkehrt habe. Staatsanwalt: Sie haben mit der Angeklagten Differenzen gehabt, weil sie in einem Brief geschrieben hat, daß Sie die hauptsächlich auf dem Schicksal Elisabeths trügen. Trotzdem soll sie Ihnen angeboten haben, wieder bei ihr zu wohnen. Zeugin: Ja, das hat sie geschrieben. Sie hat mir auch eine Garnitur geschickt, da meine bei ihr verschwunden war.

Mißlungener Raubüberfall im Tiergarten.

Im Tiergarten wurde heute vormittag ein 24 Jahre alter Kurt Schreiner, der Kassenbote einer Selterswasserfabrik überfallen und beraubt. Schreiner hatte in der Turmstraße bei Kunden Gelder für seine Firma eingezogen und ging dann durch den Tiergarten nach dem Café am Neuen See, um auch hier zu kaffieren. Schon in Roabit fiel ihm auf, daß zwei junge Männer ihm ständig folgten. Als er das Café am Neuen See verließ, waren die beiden verschwunden. Gleich darauf kamen sie in der Lichtenstein-Allee von Seitenmogen wieder herangesprungen, fielen über Schreiner her, schlugen ihn zu Boden und versuchten, ihn zu berauben. Der Ueberfallene hielt jedoch seine Tasche so fest, daß sie sie ihm nicht entreißen konnten und rief um Hilfe. Als Passanten herankamen, ergriffen die Räuber ohne Beute die Flucht und entkamen. Schreiner erhielt einen Messerstich durch eine Hand. Angaben zur Ermittlung der Wegelagerer an das Raubdezernat im Polizeipräsidium.

Schwerer Unfall in der Deutschen Bank.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in dem Gebäude der Deutschen Bank in der Mauerstraße. Der Bankbeamte Erwin H. aus der Tresowallee zu Karlshorst trat beim Bestiegen eines Personenaufzuges fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Der Verunglückte wurde in die Universitätsklinik in der Ziegelstraße gebracht, wo er schwer daniederliegt.

Falschmeldung über die Auffindung Rungesser's.

London, 16. Juni. (U.) Die Gerüchte über die angebliche Auffindung der französischen Flieger Rungesser und Goll sind nach Meldungen aus Montreal demontiert worden. Es stellte sich heraus, daß es sich hier um einen schrecklichen Scherz eines Angestellten einer Holzgesellschaft in Quebec handelte, der seiner Mutter den falschen Bericht übermittelt haben soll, nur, um sich die Langeweile etwas zu vertreiben.

Von einem „Fest der Republikaner“, das am 19. Juni dieses Jahres in Baumshuldenweg von allen auf dem Boden der Republik stehenden Organisationen (Parteien, Reichsbanner, Sänger, Sportler) unter starker Beteiligung Groß-Berliner Kreise veranstaltet wird, darf man nach den getroffenen Vorbereitungen eine weitere Belebung und Stärkung der republikanischen Anschauung erwarten. Der Festzug setzt sich um 13 1/2 Uhr von der Köpenicker Landstraße, dicht am Bahnhof gelegen, durch die festlich geschmückten Straßen und Häuser des Ortes in Bewegung und begibt sich nach der Königsheide, woselbst ein Volksfest mit reichem Programm alle Teilnehmer vereint.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt Berlin. Große Wohlfahrtskonferenz

heute Donnerstag, den 16. Juni, 19/11 (7 1/2) Uhr pünktl., im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße. Tagesordnung: Die Arbeiterwohlfahrtslagung in Kiel. — Referent: Dr. Käthe Franckenthal. Interessierte Genossinnen und Genossen haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zur Sonnenwendfeier.

Die diesjährige Sonnenwendfeier, veranstaltet vom Arbeiterkulturartell Groß-Berlin, findet am Sonnabend, dem 18. Juni, von 8 bis 12 Uhr, im Volkspark Reutkölln statt. Von 8 bis 10 Uhr konzertiert ein Orchester des Deutschen Musikerverbandes unter Leitung von Hugo Puppe. Die Gesangsgemeinschaft Robebery d'Arguto bietet Gesänge. Die eigentliche Feier beginnt mit eintretender Dunkelheit mit einem Fackelzug der Jugendgruppen — Sozialistische Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend, Jugendgruppen der AFA-Verbände und Sozialistische Studenten. Dielem Fackelzug ist zugrunde gelegt das Lied: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit.“ Orchester und Sängerschöre (der gesamte Kreis des Arbeiterjüngerbundes) intonieren.

Das Orchester spielt dann „Wach auf“ von Wagner, dann folgen Arbeiterlieder des Massenchors, hierauf zeigt eine Mädchengruppe der Freien Turnerschaft Groß-Berlin rhythmische Spiele unter Begleitung des Orchesters. Dann spricht der Sprecher für Proletarische Feiertage Ernst Tollers „Tag des Proletariats“. Die Feier schließt mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationalen“. Fackeln sind für jedermann am Festplatz zum Preise von 30 Pf. zu haben. Eintritt 30 Pf., Karten sind überall in den Partei- und Gewerkschaftsbüros und am Festplatz zu haben. Zu erreichen ist der Festplatz von den Untergrundbahnhöfen Kreuzberg: durch die Schwebel- und Prinz-August-von-Bülow-Straße; Hasenheide: durch die Lehmann-, Siebold-, Zöllner- und Holzener Straße; von Reutkölln: durch die Hermann- und Karlogarten- Märkischer und Marzifeldstraße. Straßenbahnen: Linie 25, 35, 96, 99, 199; 27, 28, 29, 47, 48; 3, 5, 14, 41, 115.

Der Festplatz ist diesmal leicht zu erreichen, darum auf zur Sonnenwendfeier des Arbeiterkulturartells Groß-Berlin.

Der Strand ist frei . . .

Man schreibt uns: Die Mitteilung des „Vorwärts“ über die Sperrung der Schwielowseeufer läßt sich auch auf andere Gegenden Deutschlands anwenden. Eine Abteilung der Freien Turnerschaft Groß-Berlin unternahm zu Pfingsten eine Fahrt nach Rügen. Wir benutzten am Freitag abend den Zug, der nach Rügen nach in Stralsund und blieben dort über Nacht. Natürlich hatten wir (84 Köpfe stark) unseren Vereinswimpel mit, der auf rotem Felde den Berliner Bären zeigt. Wir hatten noch keine hundert Schritte ins Pommernland hineingemacht, da nahen sich schon zwei bessergekleidete Gestalten, die, etwas angeheult, unsern Zuge entgegenkamen. Beim Schein der Laterne sahen sie den Wimpel und nun überkam die beiden ein Wutausbruch, der sich in folgenden Worten Luft machte: „Solche Lumpenbande, solche Strohhalmhändler in unser Pommernland hinein! Das sind gerade die Richtigen mit der Fahne! Rausgehen muß diese Brut, geht schleunigst wieder dahin, wo ihr hergekommen seid!“ Ein Stralsunder Sportgenosse, der die Führung nach der Jugendherberge übernommen hatte, Märkte uns erfreulicherweise schnell auf, und so konnten wir die beiden wildgewordenen Pommernritter aus vollem Halse austuchen. Wir aber wußten, wo wir waren, nämlich im Pommernland, im Lande des Stahlhelms. Aber es kommt noch besser. Wir hatten es uns in den Kopf gesetzt, im Westbad Binz zu baden. Auf dem Wege dorthin begegneten wir allerlei Bauwerken, die im schönen Saunde angelegt waren. „Der Strand ist frei, frei wie das Meer selbst“ dachten wir uns. Aber es sollte anders kommen. Eine schöne Burg aus Dünenand, die von den Erbauern verlassen war, wurde von uns „erobert“. Wir richteten uns häuslich ein und hielten unseren roten Wimpel mit dem Bären darauf. Wertwärtigerweise gibt es auf Rügen nicht bloß auf den Köpfen, sondern auch am Strande jene Spezies von Tieren, die beim Anblick des roten Tuches wild werden. Aus dem nahen Walde stürzten unsere Angreifer hervor, und wollten sich, wie es schien, in ein Gefecht mit uns einlassen. Aber die meisten der Turngenossen hatten bereits ihre Kleidung abgelegt und zeigten ihren wohltrainierten, muskulösen Körper. Die guten Pommern — oder waren es gar Berliner Badegäste? — zogen es nun vor, nicht zum Angriff überzugehen, sondern einen republikanischen Gedarmen herbeizuholen. Der war aber vernünftiger als die Wimpelfürmer, er wollte mit der Sache nichts zu tun haben. Nicht bloß „binnen“, sondern auch „buten“ ist der Strand in Gefahr!

Eine böhmische Einbrecherbande festgenommen.

Der Reichsberger Polizei ist es nach monatelanger vergeblicher Arbeit gelungen, eine gefährliche Einbrecher- und Diebesbande auszubrechen. Seit dem Herbst 1926 ist das Stadtgebiet Reichenberg von Einbrechern heimgeheftet, und obwohl schon zweimal eine Bande verhaftet wurde, nahmen die schweren Einbrüche nicht ab. Als in der Pfingstwoche in Schönbach wieder ein Fabrikeinbruch verübt und für rund 9000 Kc. Wertwaren gestohlen wurden, die man mit Wagen abfuhr, zeigten die Spuren nach Reichenberg. Im Keller eines Grünwarenhändlers wurde ein reichhaltiges Hehlernest entdeckt, und bald fand man in Harzdorf bei der Schmiede des Handlers ein zweites wohlgefülltes Nest. Bei weiterem Suchen fanden sich auch Beutestücke aus früheren Einbrüchen früherer Zeit. Nach dieser Mühe gelang es die Schuldigen zu verhaften. Es sind außer der Verhaften der Schlosser Laurenz Sapei aus Rathow, ein gefährlicher Einbrecher, der wegen Totschlagversuch in Preußen fast vier Jahre Kerker abtat, sein Schulkollege aus Leipzig, der Mechaniker Otto Tröschel, ebenfalls in Deutschland verurteilt, und der Steinmetz Josef Drozda aus Saab. Die Genannten konnten bisher einer Reihe von schweren Einbrüchen überführt werden. Darunter befinden sich jene in die Erbschänke Reichenberg, ins katholische Gefellenheim, wo man Kleider Kofferweise stahl, der Diebstahl von drei großen Warenkoffern von einem Auto herunter, in denen sich für 10 000 Kc. Gummimäntel befanden, die von Tröschel und Drozda ungehindert nach Leipzig geschmuggelt und dort billig veräußert wurden, während man die Koffer verbrannte, verschiedene Schuhwareneinbrüche und noch andere schwere Diebstähle und Einbrüche. Die Art und Weise, mit der die Diebesbande vorging, ist virtuose Gaunerscheit, die es so weit trieb, daß beim letzten Einbruch die Waren gar mit Pferdehufwerk abgefahren wurden. Mit der Verhaftung von fünf Personen ist die Stadt und Umgebung von einer schweren Plage befreit.

Ein launischer Witz.

In dem deutschböhmischen Orte Bern schlug ein Witz ins Haus eines Bauern, zündete aber nicht. Er rief aber mehrere Löcher in die Wand und fuhr durch die Haustüre hinaus. In dieser fand der Sohn des Besitzers, der betäubt wurde. Die Mühe des jungen Mannes wurde in Fehlen gerissen, die Kleidung wurde verfenst und aus dem Schuh wurde ein Stück Leder rausgehakt und der Absatz abgerissen. Außer einigen Verbrennungen erlitt der Bursche aber keinerlei Schaden und war bald nachher wieder mobil.

Um die gewerkschaftliche Freiheit.

Ein Eingeständnis der Ohnmacht.

Der Ausgang der Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz ist nicht sehr erfreulich. Es ist zwar gelungen, das Mandat der Unternehmer zu durchkreuzen, das darauf hinauszielte, die Beseitigung der Koalitionsfreiheit, wie sie besonders in Italien durchgeführt hat, aber auch in Ungarn und Rumänien de facto durchgeführt ist, als mit dem Teil XIII des Friedensvertrags in Übereinstimmung stehend zu erklären. Denn die Abfassung des Fragebogens, der den Regierungen zugesandt werden sollte, war derart, daß selbst das faschistische Italien erklären konnte, die Anerkennung des Grundgesetzes der Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, die der Friedensvertrag als „dringend erforderlich“ hält, sei auch in Italien gegeben.

Der Zweck der Behandlung dieser Frage durch die Arbeitskonferenz war aber gerade, die Länder, die die gewerkschaftliche Freiheit der Arbeiter mißachteten, zur Annahme eines Übereinkommens zu veranlassen, das die Gewerkschaftsfreiheit sichert. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden.

Bemerkenswert an den Verhandlungen ist die unverbrüchliche Solidarität der Unternehmervertreter aller Länder mit dem faschistischen Terrorregime Mussolinis. Alle juristischen Spitzfindigkeiten, die aufgeboden wurden, um diese Lasten zu verhillen und der Offenheit Sand in die Augen zu streuen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Abfassung des Fragebogens so vorgenommen wurde, um den Vertretern Italiens zu ermöglichen, ihre Zustimmung zu geben. Die gewerkschaftliche Freiheit sollte durch ein „Gemeinwohl“ und durch Gesetze beschränkt werden, die jede Regierung selbst bestimmt. Der Arbeiterschaft soll also nicht die Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gesichert werden, sondern die Regierungen sollten im Namen der „gewerkschaftlichen Freiheit“ das Recht haben, diese Freiheit zu erschöpfen.

Ist dieses Mandat auch durchkreuzt worden, so haben die reaktionären Regierungen, die dem Vertrag von Versailles beigetreten sind, nach wie vor die Freiheit, diesen Vertrag als einen „Hohen Papier“ zu behandeln, soweit er die Rechte und Freiheiten der Arbeiter betrifft.

Die Haltung der Unternehmer ist lehrreich. Diese haben damit öffentlich bekundet, daß sie auf jeden Fall solidarisch sind, daß ihr Internationalismus jede Probe besteht. Sie haben damit aber auch eingestanden, daß die Beseitigung der gewerkschaftlichen Freiheit für die Unternehmer das Ideal ist.

Daß viele Regierungen sich auf die Seite der Unternehmer schlugen, ist nicht weiter verwunderlich. Wenn der Gegenangriff des Faschismus abgelehnt wurde, so bleibt doch der Mißerfolg, entsprechend den Bestimmungen des Vertrags von Versailles die Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sicherzustellen. Die Internationale Arbeitsorganisation hat sich als unfähig erwiesen, eine ihr durch den Vertrag zugewiesene Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Die armen Braunkohlenbesitzer!

Sie haben nur für die Gelben was übrig.

Halle, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern haben hier zwischen dem am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterverbänden und dem Unternehmerverband unter dem Vorsitz des Generaldirektors Bürens Lohn- und Tarifverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stattgefunden. Der bisher gültige Tarifvertrag ist im Auftrage der Arbeiterverbände vom Bergarbeiterverband gekündigt worden, um eine Reihe von Verbesserungen für die Arbeiter, hauptsächlich in der Urlaubsfrage, zu erzielen.

Die Unternehmer haben nicht nur alle berechtigten Abänderungsvorschläge der Gewerkschaften kurzerhand abgelehnt; sie haben vielmehr den Versuch einer wesentlichen Verschlechterung der bisherigen Tarifbestimmungen unternommen. Insbesondere sind sie bestrebt, alle Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte tariflich auszuschalten. Für zeitgemäß halten sie auch die Forderung der Anrechnung der Renten auf die Löhne! — Aber besonders bemerkenswert sind ihre Bestrebungen, in der Förderung der Gelben und Werkvereine völlig freie Hand zu bekommen. An eine Verständigung war daher nicht zu denken.

Auch in der Lohnfrage haben die Unternehmer jedes Entgegenkommen angesichts geradezu erbärmlicher Entlohnung der Arbeiter, besonders in den Randrevieren, rücksichtslos abgelehnt. Wie immer wurde trotz teilweise günstiger Geschäftsabschlüsse die „große Armut“ der Braunkohlenindustrie betont. Zur Entscheidung der Streitfragen wird nunmehr das Reichsarbeitsministerium angerufen werden.

Um die Bergarbeiter ergibt die dringende Mahnung, durch Stärkung der Gewerkschaften die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer abzuwehren.

Entwicklung des Verkehrsbundes.

Auf der Tagung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Verkehrsbundes am 12. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus konnte der Bundesvorsitzende Schumann auf eine sehr günstige Entwicklung des Verbandes hinweisen. Die Mitgliederzahl stieg von 269 455 am Schlusse des Jahres 1925 313 069 bis Jahresende 1926 und bis zum 1. Mai 1927 auf

rund 325 000 Mitglieder.

Sehr zufriedenstellend sind auch die Kassenverhältnisse. Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl hatte sich nicht nur der Umlauf an Beitragsmarkten insgesamt vermehrt, auch die Durchschnittsbeitragsleistung des einzelnen Mitgliedes hat sich nicht unwesentlich gesteigert. Der Vergleich des ersten Quartals 1924 mit dem des Jahres 1927 ergibt nahezu eine Verdoppelung der Durchschnittsbeitragsleistung, und zwar von 42,7 auf 81 Pfennige.

Der Deutsche Verkehrsbund ist deshalb auch in der Lage, seinen Mitgliedern weitgehende Unterstützungen zu gewähren. Im Jahre 1926 wurden rund

2 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen

ausgezahlt, wovon im ersten Quartal 1927 allein 795 688,75 M. waren. Für Streikunterstützung wurden im verfloffenen Jahre 65 808,88 M. ausgegeben. Diese an sich gering zu nennende Summe spricht jedoch nur zugunsten der Schlagkraft der Organisation, da die zahlreichen Lohnbewegungen, die geführt worden sind, durchweg mit Erfolg abgeschlossen werden konnten. Am Schlusse seines umfangreichen Berichtes, der sich auf alle Einzelheiten der Organisationsarbeit erstreckte, stellte der Redner mit Befriedigung fest, daß der Verkehrsbund in jeder Beziehung gefestigt dasteht und die besten Aussichten für eine erfolgreiche Weiterentwicklung hat.

Im Anschluß an das Referat Schumanns berichteten Reifner und Junfer über Vorarbeiten zur weiteren Ausgestaltung des Bildungs- und Propagandawesens. Einer vom geschäftsführenden Vorstand eingebrachten Vorlage zur Neuordnung der Unterstützung bei Todesfällen für die im Beamtenverhältnis stehenden Mitglieder des Bundes, stimmte die Konferenz einmütig zu. Schumann berichtete dann über den

Stand der Zusammenschlußverhandlungen

mit dem Einheitsverband der Eisenbahner, dem Staats- und Gemeinbedienstetenverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Der Redner schilderte den Gang der bisherigen Verhandlungen und betonte, daß die Vertreter des Verkehrsbundes nichts unterlassen haben, um die Idee des Zusammenschlusses der Bewerkschaften näher zu bringen. Schumann erklärte am Schlusse seines Berichtes:

„Was in der bisherigen Diskussion vielfach betont wurde, nämlich, daß jeder der vier Verbände für sich allein lebensfähig ist, ist an sich durchaus richtig. Ebenso waren auch wir der Meinung, daß jede Uebereilung vermieden werden soll, und daß das Gelingen des großen Werkes der sorgfältigsten Vorbereitung bedarf. Der Zusammenschluß von gewerkschaftlichen Organisationen, noch dazu, wenn es sich wie in unserem Falle um Verbände handelt, die Hunderttausende von Mitgliedern zählen, läßt sich eben nicht durch Zwanzbeschlüsse herbeiführen. Der freie Entschluß und der eigene Wille, sowohl der einzelnen Körperschaften als auch der Masse der Mitglieder, sind die notwendigen Voraussetzungen für einen wirklich soliden Aufbau der großen Einheitsorganisation. Dieser Wille ist heute in allen Gliedern unseres Bundes, von der obersten Spitze bis zum letzten Mitgliede vorhanden. Wir erachten

den Zeitpunkt für gekommen,

das Organisationsproblem endlich aus der Sphäre der rein akademischen Diskussion herauszuheben und der positiven Lösung entgegenzuführen. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse drängt immer mehr dazu. Und schließlich hat die große Mehrheit der Befürworter des Zusammenschlusses das Recht, zu verlangen, daß eine etwa vorhandene Minderheit, die aus irgendwelchen Gründen den notwendigen Weiterforderungen nicht Rechnung tragen will, sich der besseren Einsicht fügt.“

Die rege Aussprache bewegte sich in völliger Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Der im nächsten Jahre fällige Bundeskongress wird in Leipzig abgehalten.

Drohende Stilllegung der Rheinschiffahrt.

Gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Länder.

Duisburg, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Rheinschiffahrt droht die Gefahr eines allgemeinen Streiks, falls die berechtigten Forderungen des Personals keine Berücksichtigung finden sollten. Zwischen dem Deutschen Verkehrsbund sowie den niederländischen, französischen und belgischen Organisationen, die gleichfalls in eine Lohn- und Arbeitszeitbewegung eingetreten sind, ist seit längerer Zeit eine enge Fühlungnahme über ein gemeinsames Vorgehen angebahnt worden.

Lohnverhandlungen im englischen Eisenhohbau.

London, 15. Juni. (WTB.) Auf einer Zusammenkunft der Vertreter des Verbandes der im Eisenkonstruktionsbau tätigen Mechaniker und des Verbandes der Arbeitgeber wurde der Vorschlag der Arbeitgeber behandelt, eine Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Woche unter der Bedingung vorzunehmen, daß die Löhne für eine bestimmte größere Zeitspanne als unveränderlich zu gelten haben. Die Gewerkschaftsvertreter beschloßen, die Angelegenheit der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder zur Abstimmung zu unterbreiten. Wenn der Vorschlag angenommen wird, soll die Bestimmung am 1. August d. J. in Kraft treten.

Lohnschulden haben Zeit.

Luzern, 15. Juni. (WTB.) Die Straßburger Eisenbahnverwaltung hat mitgeteilt, daß die an die Luzerner Eisenbahner seit sechs Jahren geschuldeten Gehalts- und Lohnrückstände ab 20. Juni ausgezahlt werden. Ein entsprechender Kredit (vier Millionen Franken) war von der französischen Kammer erst noch langen Reklamationen und nachdem die Luzerner Eisenbahner die Straßburger Verwaltung zur Zahlung obiger Beträge verurteilt hatten, angenommen worden. Jetzt stellt sich heraus, daß der 4-Millionen-Kredit völlig ungenügend ist und die Schlitzen jetzt von vorne beginnen müssen.

Textilarbeiterstreik in Spanien.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach Nachrichten aus Barcelona ist dort ein Generalstreik der Textilarbeiter ausgebrochen. Der Grund ist angeblich darin zu suchen, daß mit der Einführung der Sommerzeit eine Arbeitszeitverlängerung erfolgte. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden und demonstrierenden Arbeitern und der Gendarmerie, die von der Waffe Gebrauch machte. Zahlreiche Arbeiter sollen verwundet, viele Verhaftungen vorgenommen worden sein. Die spanische Zensur versucht, jede Veröffentlichung über die Vorgänge in Barcelona zu unterdrücken.

Aufgehobene Sperren. Den Tarifvertrag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und den paritätischen Arbeitsschiedsrichter haben nunmehr folgende Betriebe anerkannt: Brauerei Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen, Inh. Panger; Linders Gesellschaftshaus, Inh. Gell, Panfom. Die Sperre über diese beiden Betriebe wird hiermit aufgehoben.

Verantwortlich für: Vorsitz: Dieter Hill; Schriftf. G. Klinghöfer; Geschäftsführer: J. Störner; Kassier: R. B. Böcker; Soloto und Schlichter; Reichsamt: Anzeigen: Th. Siegel; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

SPD, 90. Abteilung
Unter Vorsitz der Schlichter
Emil Engermann
Reutkölln, Reichstraße 33, ist am
13. Juni im 52. Lebensjahre gestorben.
Er war über 21 Jahre für die Partei
tätig. Erhe seinem Ansehen!
Einäschung Sonnabend, 17. Uhr,
im Krematorium Baumgartenweg.
Um rege Beteiligung bitte
Der Vorstand.

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostlose Auskunft u. Verkehrsmit.

Rudolf Fink, Berlin NW 21
Turmstr. 6
vis-à-vis Kriminalgericht
All-Moabit 83 und Umlandstraße 168.
Aus eigen. Spezial-Rösterei stets frischgerösteter Kaffee:
Pfund 2,90 — 3,30 — 4,20 — 4,50 Rm.
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.
**Echt indischer und chinesischer Tee-
import, Schokoladen, Kakao, Keks,
Pudding, Eiernudeln, N. Auszugsmehl**
Fetthochwaren, feine Liköre und Spirituosen
Gut gepfeilte gelagerte Wurst-, Reis- und Schokolade.
Echte Braunsch.-Tabak, West-, Wurst-, u. Fleischwaren.
Butter- und Käse-Handlung
Gemüse-Konserven, Frische u. Konserven sehr preiswert
Nur beste Ware bei soliden Preisen

Das billige Erfrischungsgetränk in der Tasche
ORANCIATA
CLIO
Für den verwöhnten Gaumen!
Kostproben gratis!
Clio-Werke, Berlin N 4, Chausseestraße 48

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Unter-
grundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Anstrich 40%
Ersparnis! — Der wertvollste Weg lohnt!

Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98